

## **Lage und Perspektiven der außeruniversitären Forschungseinrichtungen**

Eine Übersichtskarte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland würde ein sehr vielgestaltiges Bild präsentieren, dessen einheitlicher Zug höchstens in der gemeinsamen Parallel- existenz zu den Gegebenheiten des universitären Lehr- und Forschungsbetriebes und in der damit verbundenen Konzentration auf die Grundlagenforschung zu suchen wäre. Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich sehr viel behutsamer vorgehe und meine Überlegungen zur Gegenwarts- lage der außeruniversitären Forschung im Bereich der Geisteswissenschaften auf den mir am besten vertrauten Bereich der Geschichtswissenschaft konzentriere und an den Entwicklungsgang des von mir geleiteten Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) knüpfe.

Die Institutionalisierung des ZZF begann mit der deutschen Vereinigung. Am 31. Dezember 1990 endete nach Artikel 38 des Einigungsvertrages die Existenz der ehemals zur Akademie der Wissenschaften der DDR gehörenden Institute, darunter auch der Institute für deutsche und allgemeine Geschichte. Dem war seit Oktober 1990 eine Evaluation der Forschungseinrichtungen durch Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates vorausgegangen. Ende 1990 übernahm im Auftrage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine unter dem Kürzel KAI-AdW firmierende „Koordinierungs- und Abwicklungs-Initiative“ die Auflösung der Akademie-Institute.

Im Juli 1991 lag eine Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den von KAI-AdW betreuten außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor. Darin plädierte er für eine Schließung der geisteswissenschaftlichen Akademie-Institute, mit Ausnahme des Instituts für sorbische Volksforschung. Das betraf etwa 1140 Mitarbeiter, darunter über 800 Wissenschaftler. Gut bewerteten Forschergruppen hoffte man jedoch neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates gehörte auch, in den neuen Bundesländern 1992 unter der Obhut der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sieben Geisteswissenschaftliche Zentren (GWZ) zu gründen. Ihre Mitarbeiter sollten sich aus dem Kreis positiver evaluierter Wissenschaftler der aufgelösten DDR-Akademie rekrutieren. Frei werdende und neue Stellen würden nach offener Ausschreibung zu besetzen sein, wobei eine personelle „Ost-West-Durchmischung“ erfolgen sollte. Dahinter stand nicht nur der Wille, die zu integrierenden Geisteswissenschaften der kommunistischen Diktatur nicht gänzlich abzuwickeln, sondern nach transparenten Qualitätskriterien auch zu integrieren. Die Initiative verfolgte darüber hinaus das Ziel, auch die Reform der west- und zukünftig gesamtdeutschen Forschungslandschaft in Angriff zu nehmen. Über Gastwissenschaftleraufenthalte sollte die Internationalisierung der Zeitgeschichte voran getrieben werden, die nach der Vereinigung in der Gefahr einer neuen Provinzialisierung durch deutsch-deutsche Fokussierung stand. Gleichzeitig sollte Hochschullehrern die Chance zur befristeten Freistellung auf der Basis von DFG-Projekten gewährt werden, um der ja schon damals erkannten Auszehrung von Forschungskapazität durch Lehr- und Verwaltungsaufgaben entgegenzusteuern.

Zu den Forschungsschwerpunkten der daraufhin gegründeten Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH gehörten von 1992 bis 1995: Zeithistorische Studien, Wissenschaftsgeschichte und -theorie, Europäische Aufklärung, Moderner Orient, Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung, Literaturwissenschaft, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.

Wie alle anderen, nahm auch der Forschungsschwerpunkt (FSP) Zeithistorische Studien am 1. Januar 1992 unter der kommissarischen Leitung von Jürgen Kocka seine Tätigkeit auf. Noch befanden sich die Diensträume im Berliner Gebäude der ehemaligen geistes- und sozialwissenschaftlichen

Akademie-Institute in der Prenzlauer Promenade. 1993 zog der FSP nach Potsdam um und folgte damit einem Angebot des Kulturministers Enderlein, der der neugegründeten Universität Potsdam mit einem Kranz außeruniversitärer Forschungsinstitute zusätzliches wissenschaftliches Gewicht zu schaffen versuchte. Der Umzug erfolgte im Februar 1993. Gleichzeitig begann der Aufbau einer Institutsbibliothek. Für sie gelang es, Teile der ehemaligen Institutsbibliothek aus der Prenzlauer Promenade sowie Teilbestände aus der Bibliothek des Historikers Thomas Nipperdey und der Bibliothek des aufgelösten Erlanger Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft zu akquirieren.

Zur gleichen Zeit, im Mai 1993, legte die Präsidentenkommission „Geisteswissenschaften“ der MPG „Empfehlungen zur Einrichtung geisteswissenschaftlicher Forschungskollegs (Forschungszentren)“ vor. Danach sollten bis 1995 sechs Forschungsschwerpunkte in Geisteswissenschaftliche Zentren übergeleitet werden. Entsprechend wurde verfahren und die Trägerschaft der MPG mit Ende 1995 in die neue, auf zwölf Jahre terminierte GWZ-Konstruktion überführt, der zufolge die Sitzländer je ein Drittel und die DFG aus einem geschlossenen Programm je zwei Drittel der künftigen Finanzierung zu übernehmen hatten. Lediglich der Schwerpunkt „Wissenschaftsgeschichte und –theorie“ ging in das MPI für Wissenschaftsgeschichte in Berlin über. Von den übrigen sechs FSP übernahm Berlin drei, Brandenburg zwei und Sachsen eines. Seit 1996 und bis Ende 2008 besteht das nunmehrige ZZf als GWZ mit einer Grundausrüstung durch das Sitzland und einer projektgebundenen Programmförderung durch die DFG. Die Homepage der DFG sagt darüber: „Ziel ist es, einerseits die geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte in den neuen Bundesländern zu erhalten und andererseits im Bereich der Geisteswissenschaften methodisch und inhaltlich definierte Forschungsschwerpunkte zu ermöglichen. Geisteswissenschaftliche Zentren sind interdisziplinär, kooperativ, projektorientiert sowie kulturwissenschaftlich und international ausgerichtet.“<sup>41</sup>

Das Modell der Geisteswissenschaftlichen Zentren ließ sich anders als ursprünglich erhofft, nicht auf die „alten Länder“ übertragen, sondern blieb auf Berlin, Brandenburg und Sachsen beschränkt. „Die Einrichtung weiterer Zentren ist derzeit nicht beabsichtigt“, heißt es auf der zitierten homepage der DFG. Für das ZZf hingegen erwies sich das Modell als ein Erfolg, der sich auch quantitativ darstellen lässt. Die Zahl seiner über die Grundausrüstung und über die Projektfinanzierung beschäftigten Mitarbeiter erhöhte sich zwischen 1994 und 2007 von 25 (davon 19 Wissenschaftler) auf 54, davon 50 Wissenschaftler. Im Hinblick auf die Forschungsthemen entwickelte sich das ZZf in dieser Zeit zu einer zeitgeschichtlichen Forschungseinrichtung, die sich von dem zunächst allein bestimmenden Gegenstand DDR erst gegenüber der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte und über die Einbeziehung der ostmitteleuropäischen kommunistischen Diktaturen schließlich der gesamten europäischen Nachkriegsgeschichte geöffnet hat. Trotz dieser schrittweisen Erweiterung des Forschungsprofils ist die DDR-Geschichte bis heute für das wissenschaftliche Selbstverständnis des ZZf wie für dessen öffentliche Rezeption ebenso profilgebend geblieben wie seine Konzentration auf die jüngere Zeitgeschichte nach 1945. Einen weiteren Schwerpunkt der Forschungen am ZZf bildet seit seiner Institutionalisierung die historiographiegeschichtliche und geschichtstheoretische Selbstreflexion der Zeitgeschichte, die sich in einer Reihe von programmatischen Konferenzen und Publikationen niedergeschlagen hat. Über diese Grundlagenforschung als Kernbereich der Arbeit des ZZf hinaus hat sich in den letzten Jahren die angewandte Forschung mit medialen Serviceleistungen, fachlicher Beratung und Gedenkstättenkooperationen zu zwei eigenen Bereichen entwickelt, deren Arbeit zur öffentlichen Visibilität des ZZf heute in starkem Maße beiträgt.

Die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat im November 2004, dessen Ergebnisse im Bewertungsbericht und in den Empfehlungen im Januar 2006 veröffentlicht wurden, schuf die Grundlage für das ZZF, sich um die Aufnahme in die Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Gottfried Leibniz (WGL) zu bemühen. Diese Aufnahme erfolgte nach einer erneuten Evaluierung durch den Wissenschaftsrat im Juni 2006 durch einen entsprechenden Beschluss der Bund-Länder-Konferenz (BLK) am 23.10.2006. Auf ihrer letzten Sitzung am 19.11.2007 beschloss die BLK den Beginn der Gemeinsamen Bund-Länder-Förderung zum 1.1.2009.

Was lässt sich aus diesem Entwicklungsweg an verallgemeinerbaren Erkenntnissen über Lage und Perspektive der außeruniversitären Forschungseinrichtungen gewinnen? Zunächst ist unser Weg völlig unrepräsentativ, und er spiegelt schon gar nicht die Lage der vielen kleinen Institutionen, um die es auf unserer Tagung meines Erachtens in besonderer Weise gehen sollte. Seine Besonderheit erklärt sich vor allem aus zwei Gründen, nämlich zunächst aus dem Gegenstand einer im Zeichen der Erinnerungskultur boomenden Zeitgeschichte selbst und dann aus dem raschen Ausbruch des FSP/ZZF aus einer lokalen oder bestenfalls regionalen Bedeutung. Hierzu trug paradoxerweise die geschichtspolitische Infragestellung bei, die das Institut bereits kurz nach seiner Gründung zum Gegenstand scharfer Angriffe von konservativer und bürgerrechtlicher Seite machte. Dies zwang zum um so deutlicheren öffentlichen Nachweis wissenschaftlicher Exzellenz und Produktivität, förderte die methodisch-theoretische Innovativität und sicherte fachliche und überfachliche Aufmerksamkeit.

Insoweit stellt die Geschichte des ZZF zweifellos eine Erfolgsstory dar, die das Thema unserer Tagung in gewisser Weise fast konterkariert. Dennoch meine ich, dass auch der schöne Schein des Institutionalisierungserfolges Probleme und Zielkonflikte in sich birgt, deren Erörterung allgemeines Interesse verdient.

So hat sich das ZZF in den vergangenen Jahren nur auf den ersten Blick gegen den im Tagungsprogramm explizit hervorgehobenen Trend zu schrumpfenden Etats behauptet. Seine durch das Sitzland Brandenburg finanzierte Grundausrüstung ist in den letzten drei Jahren von 819 000 auf 900 000 Euro gestiegen und der Drittmitteletat sogar von 1,7 auf 2,3 Millionen Euro. Die Kehrseite der Medaille bildet eine immer noch weiter verschlechterte Zahlenrelation zwischen Wissenschaftlern und Verwaltung, die darauf beruht, dass dem Institut seine anfängliche Co-Finanzierung von Verwaltungsstellen durch die DFG in den neunziger Jahren entzogen wurde. Gegenwärtig arbeitet das Institut mit einer aberwitzigen Relation von 54 Wissenschaftlern und vier Nicht-Wissenschaftlern, die allein dadurch gemildert wird, dass die DFG zwei Wissenschaftlerpositionen für den Übergangszeitraum von zwei Jahren mit einem Direktionsassistenten und einer halben Stelle für internationale Forschungskooperation zu besetzen erlaubte. Alle Auswege aus dem Dilemma führten insofern immer nur tiefer hinein, da die Drittmittelbeantragung ständig den Nachweis der vorhandenen Grundausrüstung erfordert, dafür aber keine Mittel bereitgestellt werden. Auf diese Weise drohen außeruniversitäre Einrichtungen im Extremfall zu Opfern des eigenen Erfolges zu werden. Insoweit kommt der jüngst vollzogenen Umstellung der DFG-Förderung auf die zusätzliche Bewilligung von 20 Prozent Overheadkosten für bewilligte Projekte eine für die Zukunft geradezu rettende Kraft zu, deren Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Damit sind Fragen von Verstetigung und Nachhaltigkeit berührt, die für die Mehrzahl der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein ständiges Problem bilden und im ZZF zum Beispiel in der Bereitstellung von Serviceleistungen markant hervortreten. So ist das Themenportal „Zeitgeschichte-online“ ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) und

der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz (SBB), das seit Januar 2004 von der DFG gefördert wird und Zeitgeschichte im Internet anbietet. Das Ziel ist, einen zentralen zeithistorischen Einstiegspunkt in das WWW für die Geschichtswissenschaften im deutschsprachigen Raum anzubieten und auszubauen. Das Portal ist ein Modul von Clio-online und arbeitet in enger Kooperation mit der Kommunikationsplattform H-Soz-u-Kult. Mit ihm sollen die fachwissenschaftliche Kommunikation und Diskussion sowie der Nachweis und die Vermittlung zeithistorisch relevanter Informationen durch die Nutzung der Möglichkeiten des Internet verbessert werden. Die mit dem Projekt angestrebte Erschließung und Aufbereitung von Inhalten bietet neben einer neuen Qualität der fachlichen Information auch erweiterte Möglichkeiten der interaktiven Nutzung, die wissenschaftliche Information, Produktion und Rezeption in neuartiger Weise miteinander verbinden.

Das zeithistorische Modul ermöglicht durch einen eigenständigen Subject Gateway den Zugang zu laufenden Forschungen und vernetzt über eine moderierte Mailing-Liste wissenschaftliches Potential und Wissen. Ein Rezensionssdienst intensiviert die fachwissenschaftliche Diskussion auf dem Gebiet der Zeitgeschichte. Die elektronische Fachzeitschrift „Zeithistorische Forschungen“ macht neue Forschungsergebnisse zugänglich und erprobt neue Möglichkeiten ihrer Aufbereitung und Darstellung. Die innerhalb des Projekts zur Verfügung gestellte bibliographische Datenbank weist internationale Zeitschriftenaufsätze zur Zeitgeschichte nach. Darüber hinaus sind wichtige zeithistorische Informationsangebote im Internet in die Metasuche des Fachportals Clio-online eingebunden. Angesichts dieser Zielsetzung ist eine projektgebundene DFG-Förderung auf Dauer der falsche Weg, denn er führt permanent zu dem Zwang, in das Bestehende neue Schwerpunkte einzulagern, um eine weitere DFG-Förderung zu erreichen.

Den entscheidenden Blickpunkt zur Vermessung der außeruniversitären Forschungslandschaft aber bildet natürlich das Verhältnis zu den Universitäten. Auch hier bietet die Entwicklung des ZZF lohnendes Anschauungsmaterial. Die vom Wissenschaftsrat bei Auflösung der DDR-Akademie der Wissenschaften nominierten Historiker hatten in Einzelfällen ein Wahlrecht zwischen dem Wissenschaftler-Integrations- und Hochschulerneuerungsprogramm (WIP/HEP), das den Verbleib an der Hochschule sichern sollte, und dem außeruniversitären Karriereweg, der sie in den Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, das spätere ZZF, überführte. Rückblickend steht fest, dass diejenigen die Verlierer waren, die auf die vermeintlich stärkere Universitätsoption gesetzt hatten. Die im WIP/HEP-Programm beschäftigten Wissenschaftler sind fast ausnahmslos nicht in die Universitäten integriert, sondern am Ende mit auslaufenden Verträgen entlassen worden, während am ZZF von der einstmaligen 16köpfigen Gründungsmannschaft mit ostdeutscher Provenienz nach 16 Jahren und sechs DFG-Evaluierungsrunden immer noch fünf ununterbrochen am ZZF tätig sind, davon drei auf unkündbaren Landesstellen, und auch die Mehrzahl der übrigen nicht in die Arbeitslosigkeit gehen mussten, sondern aus Altersgründen ausschieden oder eine andere Position innerhalb des Faches erreichten.

Gleichwohl scheint mir, dass die in den neunziger Jahren betonte Konkurrenzstellung zwischen außer- und inneruniversitärer Forschung heute überholt ist, wie auch der Wissenschaftsrat in seiner Empfehlung zu den Geisteswissenschaftlichen Zentren 2006 unterstrich: „Während die Empfehlung des Wissenschaftsrates 1994 ein ‚weitgehendes Fehlen kooperativer, fachübergreifender Forschung in den Geisteswissenschaften‘ konstatiert und die Chancen für eine interdisziplinäre Forschung an den Universitäten pessimistisch beurteilt hatte, wird man diese Sicht heute schon angesichts des in vielen geisteswissenschaftlichen Disziplinen beachtlichen Anteils kooperativer Forschung und Forschungs-

förderung nicht aufrechterhalten können. Eine Argumentation, die sich für das Modell der Zentren auf den Mangel an Interdisziplinarität und Kooperation in den Universitäten beruft, ist im Jahre 2005 deutlich weniger überzeugend als sie es zu Beginn der 1990er Jahre gewesen sein mag.“<sup>2</sup>

Ebenso wenig können aus meiner Sicht generell noch die Vorbehalte gelten, die gegenüber der außeruniversitären Forschung im selben WR-Gutachten gemacht wurden: „Gerade aus der institutionellen Sicherheit kann indes auch ein Nachteil der außeruniversitären Institutionalisierung entstehen. Denn sofern Institute dazu tendieren, in ihren traditionellen Strukturen zu verharren, werden thematische oder konzeptionelle Wechsel häufig nur schwer vollzogen. Als zweiter Nachteil kommt die institutionelle Differenz zur Universität und damit zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hinzu, die immer erst durch ihrerseits Aufwand erzeugende Initiativen überwunden werden muss.“<sup>3</sup>

Tatsächlich ist eine wachsende Verschränkung von universitärer und außeruniversitärer Geisteswissenschaft zu konstatieren, wie schon das Schicksal der Geisteswissenschaftlichen Zentren zeigt: Die Entwicklung des ZZF, die sich ungeachtet einer geplanten engen Kooperation mit der Universität Potsdam weitgehend neben der Universitätslandschaft vollzog, war hier atypisch. Nach Auslaufen der 12jährigen GWZ-Finanzierung wurde lediglich ein außeruniversitäres Zentrum, das Forschungszentrum für Europäische Aufklärung in Potsdam, aufgelöst (und in die Universität Potsdam integriert). Die drei Berliner Institute für Sprachforschung, Moderner Orient und Literaturwissenschaft sowie das Geisteswissenschaftliche Zentrum Ostmitteleuropa in Leipzig werden mit einer Finanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung für zunächst zwölf Jahre als Geisteswissenschaftliche Kollegs weitergeführt.

Zumindest für das engere Gebiet der Zeitgeschichte scheint sich mir ein Paradigmenwechsel von der außeruniversitären zur universitätskomplementären Forschung angebahnt zu haben. So ist die Drittmittelquote meines Wissens nicht nur am ZZF gewachsen, sondern bei anderer Ausgangslage auch beim Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und beim Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg gestiegen, obwohl die Förderprogramme der Drittmittelgeber immer stärker auf die Universitäten zugeschnitten werden. Das DFG-Merkblatt für Anträge auf Sachbeihilfen führt etwa aus: „Antragsberechtigt ist grundsätzlich jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland oder an einer deutschen Forschungseinrichtung im Ausland, deren wissenschaftliche Ausbildung – in der Regel mit der Promotion – abgeschlossen ist. Für Angehörige außeruniversitärer Forschungseinrichtungen gilt folgendes: Wenn Sie im Rahmen eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses an einer außeruniversitären Forschungseinrichtung tätig sind, können Sie in der Regel nur gemeinsam mit einem Hochschulangehörigen einen Antrag für ein Gemeinschaftsprojekt [...] stellen (Kooperationspflicht). [...] Bei einem Antrag auf Eigene Stelle gelten besondere Bestimmungen. Hierbei gilt die Kooperationspflicht grundsätzlich auch für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. [...] Ohne mit einem Hochschulangehörigen kooperieren zu müssen, sind Sie insbesondere antragsberechtigt, wenn Sie in einer Mitgliedereinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), im Max-Delbrück-Centrum (MDC) [...] arbeiten.“<sup>4</sup> Ebenso sind DFG-Anträge auf Forschergruppen nur über eine antragstellende Universität möglich. Dessen ungeachtet stelle ich für den Bereich Zeitgeschichte eine fortschreitende Angleichung fest. Aufgrund ihrer flacheren Verwaltungsstruktur und flexibleren Mittelplacierung kann die außeruniversitäre Forschung rascher auf von außen kommende Anforderungen und Impulse reagieren, und sie ist infolge ihrer geringeren – soweit überhaupt vorhandenen – Lehr- und Gremienbelastung schneller in der Lage, dem Eventismus der Geschichts-

kultur zu entsprechen. Tatsächlich ist die Zahl der Zeitgeschichtslehrstühle in den letzten beiden Jahrzehnten weitgehend gleich geblieben, während die außeruniversitäre Forschung sich in der Vermehrung außeruniversitärer Forschungsinstitute, Gedenkstätten und in der Ressortforschung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) und der Gauck-Behörde (BstU) außerordentlich verstärkt hat. Neben die traditionellen Drittmittelgeber treten neue Mittelauslober mit oft dezidierten geschichtspolitischen Interessen wie die Bundesstiftung Aufarbeitung und auf dem Umweg der Gedenkstättenförderung in den letzten Jahren zunehmend auch der Bund selbst über den Beauftragten für Kultur und Medien (BKM).

Das Ziel muss sein, die netzwerkorientierte Scharnierfunktion der Außeruniversitären zu stärken, indem sie gegenüber der empirisch orientierten und nicht selten an mangelnder Distanz leidenden Anwendungsforschung die Standards des Fachs zur Geltung bringen und sie mit den universitären Lehrstühlen verklammern. Das mit der Universität Potsdam und neuerdings der Humboldt Universität und bald auch der Freien Universität durch Kooperationsverträge verbundene ZZF versucht dies durch langfristig angelegte Kooperationen, so mit der HU in bezug auf die Internetkommunikation und ein gemeinsam betriebenes Portal Zeitgeschichte online. Mit der Freien Universität haben wir dort einen Studiengang Public History aufgebaut, an dem verschiedene Museen und Gedenkstätten als Partner eingebunden und so deren Mitarbeiter als Dozenten sowie ihre Einrichtungen als Ort für Praktika gewonnen werden sollen. Zugleich versuchen wir die Stärke der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Feld der akademischen Qualifikation gezielt zu stärken, auf dem wir besondere Kompetenz haben: in der postgradualen Qualifikation. Wir haben eine kleine Doktorandenschule in Kooperation mit der Humboldt Universität und der Universität Potsdam aufgebaut, die wir dezidiert als universitätskomplementäres Angebot zur strukturierten Doktorandenausbildung verstehen und die ihre teils universitär, teils über Stiftungen finanzierten Promovenden mit einem eigenen wöchentlichen Kolloquium und einem jährlichen Doktorandenforum schult. Das führt freilich dazu, dass außeruniversitäre Institute zu Qualifikationspumpen werden, die gezielt am beruflichen Bedarf vorbei qualifizieren – auf dem ZZF lastet ein hoher Druck der Absolventenvermittlung, der nur unzureichend zu befriedigen ist und regelmäßig dazu führt, dass ehemalige Doktoranden nach ihrer Promotion ihr berufliches Heil auch weiterhin am ZZF oder einer analogen Einrichtung suchen.

Lassen Sie mich mit einigen Überlegungen schließen, die sich auf die unsere Arbeit als außeruniversitäre historische Forschungseinrichtung prägende Bedingung bezieht: den erstaunlichen Geschichtsboom unserer Zeit. In gewisser Weise und in vielen innereuropäischen Abstufungen hat das Gedächtnis dem Fortschritt als kulturelle Orientierungsnorm in der westlichen Welt den Rang abgelaufen und ist die Vergangenheit zu einer nicht weniger selbstverständlichen kulturellen Bezugsgröße geworden wie eine Generation zuvor die Zukunft. Es bleibt zu fragen, um welchen fachlichen Preis die gesellschaftliche Akzeptanz der heutigen Vergangenheitszuwendung im Namen der Aufarbeitung erkaufte wurde. Hat die Geschichte und besonders die Zeitgeschichte ihren Gewinn an öffentlicher Aufmerksamkeit womöglich im gleichen Maße mit dem Verlust an fachlicher Autonomie und reflexiver Distanz zu bezahlen, und zieht die wachsende gesellschaftliche Integration des Faches vielleicht auch eine nicht zu unterschätzende Bedrohung seiner wissenschaftlichen Integrität nach sich?

Für diese These spricht jedenfalls, dass die Zeithistorie seit Jahrzehnten eine schleichende Entwertung ihres symbolischen Fachkapitals erlebt, die an ihren öffentlichen Debatten deutlich ablesbar ist. Die Fischer-Kontroverse über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde in den sechziger Jahre

noch fast ausschließlich unter Universitätshistorikern ausgetragen und wahrte die Differenz zwischen Fachwissenschaft und allgemeiner Öffentlichkeit. Der im Feuilleton um die Pole Jürgen Habermas und Ernst Nolte kreisende Koryphäenkonflikt um die Gleichrangigkeit stalinistischer und nationalsozialistischer Verbrechen lebte bereits von seiner medialen Inszenierung und blieb inhaltlich weitgehend unergiebig. In den großen öffentlichen Debatten der späten neunziger Jahre über David Goldhagens These vom eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen einerseits, die Teilhabe der deutschen Wehrmacht am nationalsozialistischen Zivilisationsbruch andererseits, spielten die professionelle Geschichtswissenschaft und ihr längst erarbeiteter Kenntnisstandard nur mehr eine ganz untergeordnete Rolle.<sup>5</sup>

Hinter diesem Phänomen steht eine tektonische Verschiebung von weittragender Bedeutung: An die Seite universitärer Geschichtsinstitute und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sind Geschichtsmuseen und Gedenkstätten getreten, die sich während der achtziger und neunziger Jahre als anerkannte Träger der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit etabliert haben. Zusammen mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Geschichtsinitiativen und semiöffentlichen Arbeitsgemeinschaften bilden sie ein von Förderinstitutionen wie der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstütztes Netzwerk, in dem die Grenzen zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung auf charakteristische Weise fließend geworden sind.

Zu beobachten ist weiterhin, dass die Zeitgeschichte in der Gegenwart immer weniger der fachlichen Eigenlogik zeithistorischer Grundlagenforschung folgt als vielmehr den anwenderorientierten Gesetzen der Nachfrage. Zeitgeschichte heute ist in starkem Maße geschichtskultureller Zulieferbetrieb geworden. Die Magie der Jahrestage lenkt Fördergelder und bindet Forschungskapazität mehr nach den Gesetzen der Medien als nach denen der Wissenschaft. Sie drängt die historische Deutung des Gewordenen im Wechselbildrahmen einer ereignisfixierten Event-Geschichte zusammen, die in hektischer Kurzatmigkeit vom 90. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1914 zum 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945, vom 50. Jahrestag der Ostblockaufstände von 1956 zum 40. Jahrestag des Prager Frühlings von 1968 und zum 20. Jahrestag des kommunistischen Zusammenbruchs hüpfte.

Neben die mediale und öffentliche Steuerung tritt die staatliche Fürsorge, die seit jeher Hilfe und Bedrohung zugleich bedeutet. Die beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zeitigten eine Fülle von Forschungserkenntnissen, aber sie stülpten ihr auch ein ganzes Netz von Formelkompromissen über, die in ähnlichen Aushandlungsprozessen zwischen Politik und Wissenschaft entstanden wie weiland historische Grundlagenwerke in der DDR. Eine 2007 erfolgte Ausschreibung von Promotionsstipendien zum Schwerpunktthema 1989 durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur formuliert als explizites Ziel nicht die wissenschaftliche Analyse des europäischen Geschichtsbewusstseins, sondern dessen politische Stärkung mit den Mitteln der Wissenschaft.<sup>6</sup>

Was folgt daraus? Einen Weg zurück in das Beinhaus fachlicher Selbstgenügsamkeit gibt es nicht; er würde nur in die fachliche Bedeutungslosigkeit führen. Die Zeitgeschichte als Wissenschaft muss akzeptieren, dass sie in der heutigen Gesellschaft nur eine Stimme unter vielen ist, die den Dialog der Gegenwart mit der Vergangenheit mit gleichrangigem Geltungsanspruch führen. Umso mehr hat sie darauf zu pochen, dass die fachlichen Standards und die politische Unabhängigkeit der historischen Erkenntnisbildung der außeruniversitär betriebenen Historiographie den Standards des Faches zu entsprechen haben. In der wissenschaftlichen Bedrohung durch öffentlichen Erfolg scheint mir die vielleicht größte Herausforderung der historischen Forschung in der näheren Zukunft zu liegen.

Prof. Dr. MARTIN SABROW, Direktor des ZZF  
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam  
Am Neuen Markt 1  
14467 Potsdam  
Website: <http://www.zzf-pdm.de>

### *Anmerkungen*

- 1 [http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/koordinierte\\_programme/geisteswissenschaftliche\\_zentren](http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/koordinierte_programme/geisteswissenschaftliche_zentren). Zugriff vom 24.6.2008.
- 2 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Köln 2006, S. 95.
- 3 Ebd., S. 88
- 4 [http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/formulare/download/1\\_02.rtf](http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/formulare/download/1_02.rtf)
- 5 Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht, Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003; Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005.
- 6 „Das von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur angeregte Förderprogramm soll zur Herausbildung eines gesamteuropäischen Geschichtsbewusstseins beitragen, in dem das Jahr 1989 besonderen Stellenwert zukommt. Herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aller in Frage kommenden Fachrichtungen sind eingeladen, sich mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa und in der DDR auseinanderzusetzen.“ URL: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/aufbruch1989/>